



# **Niederschrift**

## **Finanzausschuss**

20. Wahlperiode – 63. Sitzung

am Donnerstag, dem 16. Mai 2024, 10 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Lars Harms (SSW), Vorsitzender

Michel Deckmann (CDU)

Rixa Kleinschmit (CDU)

Ole-Christopher Plambeck (CDU)

Sönke Siebke (CDU)

Rasmus Vöge (CDU)

Oliver Brandt (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dirk Kock-Rohwer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Annabell Krämer (FDP)

### **Weitere Abgeordnete**

Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>Fachgespräch zum Thema</b>	<b>4</b>
	<b>Für faire und gerechte Löhne – Service Stern Nord in den TV-L überleiten</b>	<b>4</b>
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 20/1862	
<b>2.</b>	<b>Haushaltsabschluss 2023</b>	<b>6</b>
<b>3.</b>	<b>Information/Kennntnisnahme</b>	<b>7</b>
	Umdruck 20/2895 – Grundsteuer Umdruck 20/3139 – Krankenhauslandschaft Umdruck 20/3194 – Hochschulpaktmittel Umdruck 20/3197 – SPNV-Vergabeverfahren Netze Mitte und Süd-West	
<b>4.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>8</b>
<b>5.</b>	<b>Vertrauliche Information des Wirtschaftsministeriums zur Gründung des Landesfahrzeugpools ZUG.SH</b>	<b>9</b>
	vertrauliche Vorlage des Wirtschaftsministeriums vertraulicher Umdruck 20/3195	
	<b>Formulierungshilfe der Landesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung der Landesanstalt Schienenfahrzeuge Schleswig-Holstein – ZUG.SH (ZUGSHG)“</b>	<b>9</b>
	Unterrichtung 20/151	
	<b>Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung der Landesanstalt Schienenfahrzeuge Schleswig-Holstein – ZUG.SH (ZUGSHG)</b>	<b>9</b>
	Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 20/2136	

Die stellvertretende Vorsitzende, Abgeordnete Herdejürgen, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

**1. Fachgespräch zum Thema**

**Für faire und gerechte Löhne – Service Stern Nord in den TV-L überleiten**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 20/1862](#)

(überwiesen am 21. Februar 2024)

Teilnehmer:

**Peter Pansegrau**, Kaufmännischer Vorstand des UKSH

[Umdruck 20/3198](#)

**Nicole Hasenbein**, Geschäftsführerin der Service Stern Nord GmbH

**Petra Nissen**, Kaufmännische Geschäftsleitung der Service Stern Nord GmbH

[Umdruck 20/3198](#)

**Anika Dutschke**, stellvertretende Vorsitzende des Gesamtpersonalrats (nw) des UKSH

[Umdruck 20/3205](#)

**Mariusz Godlewski**, Betriebsratsvorsitzender der Service Stern Nord GmbH

[Umdruck 20/3213](#)

**Steffen Beckmann**, Vorstandsvorsitzender der Gewerkschaft der Servicekräfte

[Umdruck 20/3214](#)

Die Anzuhörenden tragen ihre Stellungnahmen vor.

Alle Fraktionen unterstützen die Intention des SPD-Antrags, die Beschäftigten der Service Stern Nord wieder in das UKSH zu integrieren und dem Tarifvertrag der Länder zu unterwerfen (vergleiche interfraktionellen Antrag [Drucksache 20/2146](#)).

Auf Fragen aus dem Ausschuss antwortet Herr Pansegrau, der Arbeitsmarkt bleibe unabhängig von den Faktoren Organisation und Bezahlung eng. Für die Servicemitarbeiterinnen und -mitarbeiter werde es eine Annäherung der Vergütung an den TV-L geben. Die Wahrnehmung

einer Zweiklassengesellschaft beziehungsweise eines kollegialen Miteinander hänge maßgeblich vom Verhalten der unterschiedlichen Berufsgruppen ab. Man verfolge das Ziel, Zeitarbeit zu vermeiden (Kosten von jährlich 11 Millionen Euro im UKSH und 5 Millionen Euro in der Servicegesellschaft) und die vorhandenen Stellen zu besetzen. Für die Patientenzufriedenheit spiele der Servicebereich eine wichtige Rolle; im Großen und Ganzen seien die Rückmeldungen der Patientinnen und Patienten positiv.

Herr Godlewski bekräftigt die Forderung der Arbeitnehmerseite, dass die Beschäftigten der Service Stern Nord wieder ins UKSH eingegliedert werden sollten. Reinigungskräfte wechselten aus tariflichen Gründen verstärkt ins Städtische Krankenhaus Kiel.

Herr Beckmann macht darauf aufmerksam, dass die fehlende Kommunikation zwischen Pflegekraft und Servicekraft zulasten der Patientinnen und Patienten gehe. Damit die unterschiedlichen Berufsgruppen wieder zusammenarbeiteten, „müssten sie eins werden“.

Frau Dutschke geht davon aus, dass durch eine Integration der Servicemitarbeiterinnen und -mitarbeiter in das UKSH mehr Mitarbeitende gehalten beziehungsweise gewonnen werden könnten und der Betriebsfrieden, die Zusammenarbeit und die Patientenzufriedenheit gesteigert werden könnten.

## **2. Haushaltsabschluss 2023**

Finanzstaatssekretär Rabe kündigt den Bericht zum Haushaltsabschluss für die nächste Sitzung, am 6. Juni 2024, an.

### 3. Information/Kenntnisnahme

- [Umdruck 20/2895](#) – Grundsteuer
- [Umdruck 20/3139](#) – Krankenhauslandschaft
- [Umdruck 20/3194](#) – Hochschulpaktmittel
- [Umdruck 20/3197](#) – SPNV-Vergabeverfahren Netze Mitte und Süd-West

Abgeordnete Raudies bittet das Wissenschaftsministerium mitzuteilen, wie viele zusätzliche Studienplätze durch die Hochschulpaktmittel an den einzelnen Hochschulen entstanden seien ([Umdruck 20/3194](#)).

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

#### **4. Verschiedenes**

Die nächste Ausschusssitzung findet am 6. Juni 2024 statt.



**5. Vertrauliche Information des Wirtschaftsministeriums zur Gründung des Landesfahrzeugpools ZUG.SH**

vertrauliche Vorlage des Wirtschaftsministeriums  
vertraulicher [Umdruck 20/3195](#)

**Formulierungshilfe der Landesregierung „Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung der Landesanstalt Schienenfahrzeuge Schleswig-Holstein – ZUG.SH (ZUGSHG)“**

[Unterrichtung 20/151](#)

**Entwurf eines Gesetzes zur Errichtung der Landesanstalt Schienenfahrzeuge Schleswig-Holstein – ZUG.SH (ZUGSHG)**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[Drucksache 20/2136](#)

Einstimmig beschließt der Ausschuss, [Umdruck 20/3195](#) im Sinne des § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten (wegen vertraulicher Angaben in den Anlagen), und bittet das Verkehrsministerium, vor der Landtagsdebatte über den Gesetzentwurf einen neuen öffentlichen Umdruck vorzulegen.

Sodann trägt Verkehrsstaatssekretär von der Heide den Sachstand vor (Sprechzettel [Umdruck 20/3253](#)).

Auf Fragen aus dem Ausschuss antworten Herr Schiller (KCW) und Herr Dr. Schmidt (Wirtschaftsministerium), bestimmte Aufgaben werde die Anstalt öffentlichen Rechts, die Eigentümerin der Züge sei, aus Kostengründen an Dritte vergeben (zum Beispiel Buchhaltung, Instandhaltungscontrolling).

Abgeordnete Krämer macht darauf aufmerksam, dass das Argument mit der Ertragsteuer nicht greife, weil die ZUG.SH keine Gewinne erziele.

Staatssekretär von der Heide teilt mit, das Wirtschaftsministerium plane, eine Ausschreibung zur Vorbereitung der Anstaltsgründung zeitnah auf den Weg zu bringen. In der Anstalt würden voraussichtlich drei bis vier Personen in Teilzeit tätig sein. Spätestens Mitte Juni 2024 werde man die Ausschüsse über die Personalstruktur der Anstalt informieren.

Die Mitglieder der Opposition erwarten, dass das Wirtschaftsministerium dem Parlament vor der zweiten Lesung des Gesetzentwurfs den Entwurf eines Wirtschaftsplans und der Satzung vorlege und die Beteiligung des Parlaments an der Anstalt gewährleistet werde.

Staatssekretär von der Heide sagt zu, den Satzungsentwurf vorzulegen. Zur Wirtschaftlichkeit und Finanzierung habe man die Ausschüsse umfassend informiert. Die wesentlichen finanziellen Auswirkungen würden ab dem Haushalt 2025 relevant. Eine Beteiligung des Parlaments in den Gremien der Anstalt sei nicht vorgesehen, weil der Finanzausschuss ja über die jeweiligen Vergaben berate und entscheide.

Frau Seemann, Vizepräsidentin des Landesrechnungshofs, stellt die Vorteile der Rechtsform GmbH heraus (Haftung, Beteiligung Dritter).

Staatssekretär von der Heide erwidert, man habe die Frage der Rechtsform sorgfältig abgewogen. Das Modell – Trennung von Verkehrsleistungen und Fahrzeugen – diene dem Markt. Das Stammkapital der Anstalt werde aus Einzelplan 06 finanziert.

Der Vorsitzende wünscht sich, dass der Finanzausschuss – in beiderseitigem Interesse – in größere Entscheidungen eingebunden werde. – Staatssekretär von der Heide sagt zu, sich dafür einzusetzen, dass das Einvernehmen mit dem Parlament sichergestellt werde.

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Vorlagen zur Kenntnis. Der Gesetzentwurf [Drucksache 20/2136](#) soll im Mai-Plenum in erster und im Juni-Plenum in zweiter Lesung behandelt werden. Zur Beratung des Gesetzentwurfs schließt sich der Finanzausschuss im Vorhinein dem Verfahren des fachlich zuständigen Wirtschafts- und Digitalisierungsausschusses an.

Der Vorsitzende, Abgeordneter Harms, schließt die Sitzung um 11:50 Uhr.

gez. Lars Harms  
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt  
Geschäfts- und Protokollführer